



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

Solidarität darf nicht an Ländergrenzen halt machen. Deshalb fordert das Europäische Parlament angesichts der Waldbrände und Überflutungen in diesem Sommer eine unbürokratische Vergabe von Geldern aus dem europäischen Solidaritätsfonds. Dies wird derzeit vom EU-Ministerrat blockiert. Natürlich muss gleichzeitig dafür Sorge getragen werden, dass die Hilfe auch bei den wirklich betroffenen Menschen ankommt. Über kurzfristige Maßnahmen hinaus macht sich das Europäische Parlament für den Zivil- und Katastrophenschutz in Europa stark. Wir brauchen mehr Anstrengungen vor Ort, um Katastrophen vorzubeugen oder sie einzudämmen. Dazu zählen effektive Verwaltungsstrukturen ebenso wie der Aufbau von freiwilligen Feuerwehren. Bei uns in Deutschland hat sich das freiwillige Engagement beim Brand- und Katastrophenschutz über viele Jahrzehnte bestens bewährt.

Mit besten Grüßen

Finanzmarktkrise muss Warnung sein

Die Wirtschaftsnachrichten sind geprägt durch die weltweiten Turbulenzen auf den Finanzmärkten. In den USA hatten Banken leichtfertig Immobilienkredite ohne feste Zinsen vergeben. Die Zahlungsfähigkeit der Hauslebauer blieb dabei oftmals unberücksichtigt. Den gestiegenen Zinsen folgte so unweigerlich eine Hypothekenkrise.

Damit ist ein waghalsiges Kreditsystem gescheitert, bei dem es um den schnellen Dollar, nicht aber um die nachhaltige Stabilität des Immobilienmarktes ging. Die ökonomischen Auswirkungen der Krise sind auch für Europa keineswegs unerheblich. Rund 300 Milliarden Euro an amerikanischen Hypothekenkrediten haben europäische Banken und Fonds bedenkenlos übernommen. Nun müssen sie die daraus resultierenden Ausfälle schultern.

Die Entwicklung der Märkte führt uns klar vor Augen, dass die europäische Wirtschaftspolitik im Hinblick auf die Globalisierung unzulänglich aufgestellt ist. Sie hinkt der Wirklichkeit immer noch hinterher. Die gegenwärtige Krise kostet Jobs, vernichtet Kapital und was noch viel schlimmer ist, sie war absehbar.

Die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament fordert schon seit langem mehr Transparenz und neue Regeln für hoch spekulative und undurchsichtige Finanzgeschäfte. Die EU-Kommission hat dies bisher abgelehnt.

Es wäre fatal, wenn sich in der EU-Kommission bei der Diskussion über die Weiterentwicklung des europäischen Hypothekenmarktes die Befürworter des amerikanischen Modells durchsetzen. Wer Wohneigentum erwerben will, muss sich auch langfristig auf sichere Zinsen verlassen können.

60-Tonner sind keine Lösung

Äußerst kritisch und restriktiv hat das Europäische Parlament auf die mögliche Einführung von Lkw mit 60 Tonnen Gesamtgewicht und 25 Metern Länge reagiert. Eine große Mehrheit stimmte gegen eine Vereinfachung der Zulassung von so genannten Gigaliner in der Europäischen Union.

Die Gigaliner sind unter Transport- und Logistikaspekten die falsche Antwort auf die Verkehrsprobleme der EU. Auch Umwelt- und Sicherheitsüberlegungen sprechen gegen die 60-Tonner. Im Einsammeln und Verteilen von Gütern ist der Lkw bisher zwar nach wie vor im Vorteil, für den Transport von großen Mengen und über lange Distanzen jedoch müssten Schiene und Schifffahrt stärker gefördert werden.

Gigaliner sind mindestens unter zwei Aspekten kontraproduktiv: zum einen würde die Verkehrssicherheit durch längere und unübersichtlichere Überholmanöver gefährdet. Zum anderen müssten die umweltfreundlicheren Schienentransporte und die Binnenschifffahrt Wettbewerbsnachteile hinnehmen. Genau das Gegenteil aber braucht die europäische Transportpolitik.

Fit für Europa?

Unter allen richtigen Antworten zu der folgenden Frage die uns per E-Mail **bis Ende der nächsten Woche** erreichen, verlosen wir einen USB-Memory Stick.

Frage: Wie viele offizielle Amtssprachen hat die Europäische Union?

- a) 3 b) 20 c) 23

Der Gewinner vom letzten Mal ist **Ulrich Ender** aus **Rockenberg**. Portugal ist seit 1986 Mitglied der Europäischen Union.

Europäisches Parlament
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel: 0032 2 28 45342
Fax: 0032 2 28 49342

Europabüro
Fischerfeldstraße 7-11
D-60311 Frankfurt
Tel: 069 299888510
Fax: 069 299888511

www.udobullmann.de
udo.bullmann@spd.de